

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Beilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Postporto monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Jungferstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Jungferstraße 21. Telefon 1769. Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 10 Pf. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 64.

Dresden, Freitag den 19. März 1909.

20. Jahrg.

Ein unhaltbarer Zustand.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Ob man die Bekümmerte der Zeitung heute mit den Nachrichten über den serbisch-österreichischen Konflikt oder über den Beginn der Reichsfinanzreform beginnt, das läuft so ziemlich dasselbe hinaus; wenn es Spaß macht, der kann in solchen Tagen leicht die Worte „Serbien“ und „die Großmächte“ „Agrarier“ und „die verbündeten Regierungen“ erlesen, ist es schon ganz dasselbe. Eine Nachricht widerspricht der anderen, oft ist schon ein Dementi da, wenn man nicht Zeit gehabt hat, die widerlegte Nachricht überhaupt lesen. Im Publikum schlägt man Wetten über den Ausgang des Krieges ab, ebenso gut aber auch Wetten über den Ausgang der sogenannten „Finanzreform“. Im Reichstag ist logischermaßen dasselbe Betriebe; in den Sälen sitzen Missionen und Untermmissionen, in den Wandelgängen sehen sich die Interessenten, die dort den Abgeordneten und Regierungsvorstellern auslauern, um noch in letzter Stunde Schärferes zu verhandeln. Ist man dem einen Interessenten glücklicherweise entronnen, dann fällt man dem um so sicherer in die Arme. Dabei kann man die nichts als überaltende Erfahrung machen, daß alle Vorkämpfer der Tabaksteuer für sehr berechtigt erklären, und die Tabakfabrikanten eine deutliche Verleumdung für die Steuerhegen und die Brauer in der Weinsteuer ihr Teil. Alles geht drunter und drüber, aber vorwärts geht.

Der Reichsfinanzsekretär Sadowski verhandelt unaußer mit den Reichsministern, die jetzt von einer gaulischen Tafel fern gehalten werden und bis zum Ende dieser Reform demütheten Gängen gleichen werden. Die Minister, das man lassen, lassen es sich etwas kosten: Was sie mit Berechtigung und politischer Taktik nicht zu erreichen vermögen, ihnen nun ihr Bruder Reichsminister und Reichsdurchführer erledigen. Wenn die Kassen in dem bisherigen Betragen, wird als sicherstes Ergebnis aus der ganzen Reform eine Erhöhung der Repräsentationsgelder für Minister herauskommen!

Sogar der blödsinnigste Berliner Lokalanzeiger muß zugeben, daß man noch nicht voraussehen könne, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen Sadowski mit dem Reich werden. „Ob eine Einigung“, so heißt es wirklich im Blatt, „über die direkten Steuern erzielt werden kann, eben falls noch nicht fest. Danach ist der Wert der ausstehenden Rechnungen zu ermitteln, die von Einnahme- und Ausgabe-Rechnungen zu unterscheiden sind. Es mögen derartige Pläne einer Partei ausgearbeitet werden, wie so viele andere auch, aber irgendwelche feste Gestalt gewonnen haben könnten, kann gar keine Rede sein.“

Sobald wir durch Erkundigungen im Reichstage selbst feststellen vermöchten, verhalten die Dinge doch nicht ganz so, wie sie dem Lokalanzeiger gestellt werden; die Führer der Blockpartei, oder wenigstens von ihnen, sind vielmehr tatsächlich auf der Suche nach neuen „Erlaubnissen“, mit denen sie den Beifall der Wähler zu erringen hoffen. Solche Versuche werden von den Geheimräthen, denen man nachhat, daß sie sich Willkommener erheben, eifrig durch die Verhinderung gefördert, sie gerne bereit, jeden vorgeschlagenen Steuerentwurf in Form eines Gesetzesentwurfes zu geben. Das ist ja das Adressat an der Haltung der Regierung, daß sie tamponlos Agrariern jede Postion räumt und in der Frage der Steuern von einer sträflichen Nachgiebigkeit ist. So ist die Gefahr, daß die Besteuerung des Einkommens und Vermögens ganz unter den Tisch fällt, während offenbar die Besteuerung der Einkommen wie im Jahre 1908 im letzten Stadium auf das Limit gebracht werden. Quittungssteuer, Tabaksteuer, Kohlensteuer, Ausbeutung der Bahnhöfe auf die vierte Stelle — das alles sind Pläne, die man genau im Auge behalten muß, weil man sonst vielleicht den Freiheiten überträgt werden könnte. Bei der wachsenden Radikalität der linksstehenden Blockparteien ist es verfehlt, etwa mit den Redensarten sich zu beruhigen: „Können die Freisinnigen doch nicht mitmachen!“ Die Freisinnigen „können“ heutzutage alles, haben ja in ihrer Mehrheit sogar dem verfeindlichen der Erhöhung der Telegraphengebühren zugestimmt, ob sie damit allen bisher von ihnen vertretenen Grundrissen ins Gesicht schlagen. Was sie da „können“ haben, ist sie auf jedem anderen Gebiete auch. Der Widerstand der extremen linken Steuerpläne sitzt heute nicht in den Händen der Abgeordneten, sondern, soweit er überhaupt existiert, in der freisinnigen Presse. Wäre diese schon so blumig-süßlich wie die linksliberalen Blockparteien, dann die letzte Hoffnung vernichtet, wenigstens einen Teil der Steuern auf die Schultern der Besitzenden zu legen.

Neuerdings hat das Berl. Lager, den Kampf für die Tabaksteuer dadurch nochmals aufgenommen, daß es die nationalökonomischen Räumlichkeiten Deutschlands zu Gutem auszunutzen hat; ein sehr löbliches Beginnen; man stellt Interesse, was Leute wie Lexis und Brentano über die Besteuerung zu sagen haben; aber leider gelten jetzt alten Gründe nicht, sondern nur das agrarische Kommando. Auch Reichsminister Raumann fällt sich wieder einmal

betrogen, sein Gewissen zu salbieren; er schreibt einen schönen philosophischen Artikel in der Hülse, worin er nachweist, daß es eigentlich ganz unmöglich sei, mit Konserwativen und Liberalen zusammen Steuern zu machen, weil der wirtschaftspolitische Ausgangspunkt dieser beiden Gruppen vollständig verschieden sei. Neu ist das nun gerade nicht; wir haben es als wichtigstes Argument gegen die ganze Blockpolitik von vornherein und oftmals ausgesprochen; neu ist daran nur, daß es in dieser Lage der Dinge ein Führer einer Blockpartei selbst sagt, indem er damit den Versuch macht, seine eigene Partei vor einer allzuweiten Ausdehnung der liberal-konservativen Finanzpolitik zu warnen. Diese Warnung kommt etwas reichlich spät. Die Freisinnigen dürften schon zu weit gegangen sein, als daß sie noch eine Gelegenheit zur Umkehr fänden. Der Artikel Raumanns erklärt sich aber sehr gut aus der Stimmung weltlicher Kreise des Bürgertums, die durch die Finanzreform in Angst und Schrecken verlegt worden sind.

Es ist ein heilloser Zustand! Die mittliche Lage des Geschäfts wird durch die Unklarheit, in der wir uns jetzt befinden, noch erheblich vermehrt; Tausende von Arbeitern verdanken ihre Arbeitslosigkeit zurzeit nicht sowohl den allgemeinen Folgen der Krise, als der Gewissenlosigkeit und Gleichgültigkeit der Regierung und der Reichstagsmehrheit. Die Kaufleute und Fabrikanten können ja beim besten Willen keine Dispositionen treffen, keine Einkäufe machen und keine Verkäufe abschließen, weil sie nicht wissen, ob nicht morgen durch ihren Beschluß irgend einer Steuerkommission die Grundzüge ihrer Verrechnungen umgestürzt wird. Gegen ein solches Standalones Verfahren mit allem Radau Protest einzulegen ist nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht der Bevölkerung.

Flottenrüstung.

Keine Ersparnisse — Neue Dreadnoughts.

In der Budgetkommission des Reichstages wendete sich am Donnerstag der Staatssekretär v. Tirpitz gegen die Forderung, daß im Marineetat größere Ersparnisse gemacht werden könnten, der Etat sei schon sparsam ausgeführt worden. Man habe so teure der Staatssekretär mit, mit dem Kohlenstandhalt Schwierigkeiten gehabt und dort wenig Einiges gesunden, so daß man sich mit dreiundzwanzig englischen Törnen in Verbindung gesetzt habe. Schließlich habe man doch beim Kohlenstandhalt eine Parabolung des Preises von 14,8 auf 11 W. die Tonne erzielt. Die Törnen seien ja allerdings sehr zahlreich; auf den sonstigen Werken kommt 1 Dromter auf 7,4 Arbeiter, bei der Germania-Werft 1 auf 7, bei Blohm u. Voß 1 auf 12, bei Harwaldt 1 auf 12, auf der Flensburger Werft 1 auf 17, in England 1 auf 11. Man müsse zur doppelten Beschäftigung übergehen und den Kontraktanten mit Rücksicht auf die vorgekommenen Unterschlagungen reformieren. Ein geeigneter Kaufmann, selbst mit Ministerposten, würde schwer zu bekommen sein und wäre doch an die Vorarbeiten gebunden, er könne nicht ausschließlich mit dem Verband arbeiten. Es sei eine Kommission zur weiteren Prüfung der Sparmaßregeln und rationellen Ausnutzung einzusetzen.

Auf die Anfrage eines Zentrumsabgeordneten, ob nicht Abträge am Etat gemacht werden könnten, antwortete schließlich der Staatssekretär v. Tirpitz mit einem entschiedenem Nein. Das Reichskassament habe schon ohnedies fünf Millionen abgezogen. Von freisinniger Seite wird darauf verwiesen, daß die Vermögensverlusten der deutschen Zentralstelle erheblich höher seien als die englischen. Durch Abträge von Offizieren und Vereinfachung des Systems der persönlichen Adjutanten könnten gewiß Ersparnisse gemacht werden. Der Redner erörtert die großen Unterschiede auf der Kieler Werft. Sie waren möglich, obwohl die Zahl der Kontraktanten in diesem Betriebe viel größer sei als in den Privatbetrieben; diese haben eben kaufmännisch ausgebildetes Personal. Der Redner fordert Einschränkung der allzu vielen und häufig unnützen Dienststellen.

Von Zentrumsseite wird bringen sparsame Wirtschaft bei der Geldverpflanzung verlangt. Ein 34 Jahre alter Seemannsbesitzer behalte 10- bis 12 000 M., während ein Oberleutnant in demselben Alter 1800 M. Gehalt habe. Es sei durchaus nicht erforderlich, jede besondere Dienstleistung durch besondere Zulagen zu honorieren.

Der Staatssekretär legt dar, daß die Seemannsbesitzer für eigene Ausgaben an Bord und daneben für die Familie auf dem Lande zu sorgen haben.

Ein nationalliberaler Abgeordneter kommt auf die Erklärungen des Tirpitz im englischen Unterhause zurück bezüglich des Flottenprogramms. Hätte man nicht zu einer Verständigung mit England kommen können? Staatssekretär v. Tirpitz verweist lediglich auf die Erklärungen, die der Reichsminister in Bezug hierauf im vorigen Herbst gegeben hat.

Mit Rücksicht auf die Debatte im englischen Unterhause über das Flottenprogramm erwidert ein Zentrumsabgeordneter um Lösung des Reichsflottenprogramms und des Staatssekretärs des kaiserlichen Amtes zur nächsten Sitzung. Die Budgetkommission beschließt demgemäß.

Aus dem englischen Unterhause.

London, 18. März. Unterhaus. In Antwortung einer Anfrage über die vorgeschlagene europäische Ballanstrengung erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey: Die britische Regierung hat immer daran festgehalten, daß wegen der kritischen Lage eine vorherige Verständigung zwischen allen Mächten getroffen werden sollte, bevor die Konferenz einberufen wird. Die Verhandlungen sind noch im Gange. Ich bin außerstande, jetzt weitere Mitteilungen zu machen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung begann die Erörterung über den Antrag, die der Effektivbestand der Flotte auf 128 000 Mann festzusetzen und die allgemeine Diskussion über die Flottenpolitik wurde wieder aufgenommen.

Rufen Chamberlain (konf.) führte aus, er glaube den Gefühlen der großen Masse des Volkes ohne Unterschied der Farbe Ausdruck zu geben, wenn er sage, daß die Mitteilungen und Versicherungen der Regierung die Befürchtungen nicht gestreut und die Opposition auch nicht davon überzeugt haben, daß die notwendigen Schritte, der Lage gerecht zu werden, unternommen werden. Redner fuhr fort: Der Erste Lord, Sir John Fisher, sagte vor nicht langer Zeit, wir könnten ruhig schlafen (Zwischenruf des Premierministers: Das können Sie!); wir würden ruhiger schlafen, wenn die Admiralität nicht dabei ercappt worden wäre, daß sie ein Nickerchen hielt. (Beifall bei der Opposition.) Die Opposition ist der Ansicht, daß die Regierung sich den Ernst der Umstände nicht vergewissern hat, und daß ihr Programm unzureichend ist, um den Forderungen der Lage zu begegnen. Der Zweimächte-Standard ist dahin und Englands Vorherrschaft zur See ist gefährdet.

Bellaris (liberal) führte aus, wenn er juristische auf die im deutschen Reichstage gegebenen Versprechungen und Versicherungen, dann könne er auf die letzten Entscheidungen des Staatssekretärs v. Tirpitz sein Vertrauen setzen. Doughty (radikal) erklärte, das deutsche Volk habe keinen Schritt unternommen, der die Art gegen England unternommen, auch nicht mit seiner Flotte. Seitdem sein großer Herrscher auf dem Thron sei, könne kein Engländer auf eine einzige unehrenhafte Handlung hinweisen. (Zuruf: „Das Telegramm!“) Er könne zahlreiche Überzeugungen anführen, die von politischen Führern ausgesprochen worden seien. Die Politik der Regierung solle sein, die Freundschaft zwischen beiden Ländern fester zu halten.

Nach weiteren Ausführungen aus dem Hause erklärte der Erste Lord der Admiralität, Sir John Fisher, die Flotte, die die Regierung jetzt auf Stapel legen wolle, werden ungefähr 30 Proz. besser sein, als der „Dreadnought“. Durch diesen Schritt werde die Zahl der zahlensfähigen Überlegenheiten sicher. Wir werden überlegen sein in einem besseren Schiffstyp im März 1912. Wir werden eine größere Kaufkraft besitzen als Deutschland.

Auf einige Anfragen Walpurg führte der Premierminister Asquith aus, daß England in der Frage der „Dreadnoughts“ jeder anderen Macht vorausbleibe und ganz besonders Deutschland. Es handele sich hier um einen besonderen Schiffstyp, der in einer Reihe von Jahren die herrliche englische Flotte, die beste der Weltgeschichte, nach und nach außer Acht lassen werde. In der weiteren Debatte wiederholte die Opposition ihre Behauptung, daß die Vorschläge der Regierung unzureichend seien.

London, 18. März. Mit Rücksicht auf das wahrscheinliche Anwachsen der Flottenbauten für die nächsten Jahre hat die Armstrong-Whitworth-Gesellschaft beschlossen, ein beträchtliches Uferland am Nordufer des Tyne unterhalb von Newcastle zu erwerben.

Was ist uns Serbien?

Hat das Deutsche Reich ein Interesse daran, daß es zwischen Oesterreich und Serbien zum Schlagen kommt? Kann es ihm wenigstens gleichgültig sein, ob man sich drunter für den Krieg oder für den Frieden entscheidet? Fast möchte es dem so scheinen, der die Haltung der deutschen Regierung betrachtet. Man wartet den weiteren Verlauf der Dinge mit einer zur Schau getragenen Burchigkeit ab, als handle es sich nicht um eine Entscheidung von unübersehbarer Tragweite, sondern um ein einfaches Regelschießen, wobei uns im Reich die höchst ehrenvolle Rolle des Regellenen zusteht.

Die allseitige Unterjüngung der österreichischen Politik gegen Serbien kann aber leicht beiden Teilen, sowohl Oesterreich wie dem deutschen Bundesgenossen, verhängnisvoll werden. Durch eine allzuenge Allianz, in der Deutschland auf seine diplomatische Selbstständigkeit verzichtet, gewinnt Oesterreich nichts; denn die Vorstellung, daß der bevorstehende serbische Feldzug ein Unternehmen der deutschen Klasse gegen die slavische sei, wird durch ein solches Verhältnis noch verstärkt, und diese Vorstellung ist der österreichischen Politik geradezu verderblich, weil sie nicht bloß alle Gegner des Völkermanismus zu vermeintlicher Abwehr zusammenschließt, sondern auch den Feind in die eigenen Reihen treibt. In Oesterreich können die Deutschen, wenn sie es verstehen, wirkliche Kulturträger zu sein, eine höchst einflussreiche und ehrenvolle Rolle spielen. Oesterreich ist aber kein deutscher Staat; soll es als Sturmbock gegen das Slaventum gebraucht werden, so fällt es in Trümmer.

Den Krieg im nahen Osten nach Kräften zu verhindern, gebietet aber auch das Deutsche Reich seine eigenen Vorteile. Es ist uns oft gesagt worden und ist unter den gegebenen Umständen gewiß nicht ganz unrichtig, daß das Reich an einem starken Oesterreich lebhaft interessiert ist. Kann da die deutsche Regierung ruhig zusehen, wie sich Oesterreich in einen Feldzug stürzt, der ihm weder Ehre noch Gewinn verspricht, aber gewiß dazu führen kann, daß seine Kraft, die Kraft des einzigen Bundesgenossen, den Deutschland noch besitzt, auf lange Zeit hinaus lahmgelegt und geschwächt wird? Von den Möglichkeiten eines serbischen Feldzugs macht man sich vielfach ganz falsche Vorstellungen, man glaubt, daß Oesterreich dank der kolossalen Überlegenheit seiner Mittel binnen kurzem und ohne erhebliche Anstrengung mit Serbien fertig werden könne. Trümmet man sich aber an die Kämpfe, die Oesterreich 1878 in Bosnien geführt hat, so bekehrt man sich rasch zu minder optimistischem Urteil. Als Oesterreich im Jahre 1878 im Auftrage der Berliner Vertragsmächte an die Okkupation Bosniens ging, eines Landes, das damals kaum mehr als anderthalb Millionen Einwohner zählte, wurden zunächst 100 000 Mann mobilisiert. Obgleich nun in der Hauptsache nur der mohammedanische Teil der Bevölkerung Widerstand leistete, erlitt die Okkupationsarmee empfindliche